Während sich Dr. Gottfried Dittrich im ersten Teil (UZ vom 2. 9.) mit den revolutionären Traditionen der Petersburger Universität in der Revolution von 1905 und der Februarrevolution von 1917 beschäftigte, steht in diesem Beitrag der komplizierte und erfolgreiche Aufbau der sozialistischen Volksuniversität im Mittelpunkt. Nicht nur dem historisch Kundigen eröffnen sich überraschende Parallelen zur Entwicklung des DDR-Hochschulwesens und der Leipziger Universität nach 1945.

Der Boden ist umgebrochen von einem tiefen Pflug

Der Sieg der Oktoberrevolution und insbesondere der Eintritt des Sowjetlandes in die Wiederherstellungsperiode setzten die Heranbildung wissenschaftlicher Kader der verschiedensten Gebiete als einen vordringlichen Punkt auf die Tagesordnung. Das erforderte zugleich eine prinzipielle Veränderung der höchsten Bildungsstätten im Zuge der sozialistischen Kulturrevolution, an der die Sowjetorgane ständig arbeiteten. Der Petrograder Universität kam dabei, angesichts ihrer Bedeutung, ein besonderer Platz zu.

1920 entstand durch den Zusammenschluß der Staatlichen (ehemals Kaiserlichen) mit zwei weiteren, 1918 aus privaten Lehranstalten hervorgegangenen Universitäten im wesentlichen die Substanz der späteren Leningrader Staatlichen Universität (LGU). Ihr progressives Erbe lag in der materialistischen Schaffensrichtung und den politischen Traditionen, vor allem in der großen Zahl bedeutender Wissenschaftler, die an ihr wirkten. Zugleich beruhte sie im wesentlichen noch auf den alten Klassengrundlagen, war ihr Profil noch durch die zaristische Hochschulpolitik geprägt.

Die KPR (B) ging davon aus, daß die Sowjetisierung der Universitäten – die Veränderung des sozialen und politischen Antlitzes der Studentenschaft, die Gewinnung, Umerziehung und Erneuerung des Lehrkörpers, die Umgestaltung der Ausbildung sowie der gesamten wissenschaftlichen Tätigkeit – eine höchst komplizierte, langfristige Aufgabe war, die durch die wirtschaftliche Zerrüttung Sowjetrußlands noch erschwert wurde. Der Rat der Volkskommissare verabschiedete bereits im Sommer 1918 eine von Lenin vorgeschlagene Verordnung, die festlegte, „nicht nur die juristischen, sondern auch die faktischen Privilegien für die besitzenden Klassen" zu beseitigen und „in erster Linie ... unbedingt Bewerber aus dem Proletariat und der armen Bauernschaft aufzunehmen, denen weitgehend Stipendien gewährt werden."[1]) Doch erst Mitte der 20er Jahre war unter den Studenten der LGU ein ausreichender Anteil von Werktätigen gesichert. Das war wesentlich ein Verdienst der 1919 gegründeten Arbeiterfakultät, von deren Absolventen bis 1927 etwa 1100 ein Fachstudium aufnahmen und die auch politisch das Gesicht der Studentenschaft beeinflußte. (Ein Teil ihrer Angehörigen warf gemeinsam mit Delegierten des X. Parteitages die Kronstädter Meuterei nieder). Auch die materielle Notlage beeinträchtigte die Durchsetzung des Arbeiter-und-Bauern-Studiums an der Universität – z. B. erhielten Ende 1922 nur 850 von etwa 3000 Bewerbern ein Stipendium und nur 1200 Studenten bekamen eine Lebensmittelration, die monatlich aus einigen Broten, 1–2 kg Hering und 0,5 l Sonnenblumenöl bestand.

Allmählich erstarkte die 1919 erneut, zunächst nur aus Arbeitern und Angestellten gebildete Parteizelle. 1920 gehörten ihr auch Studenten und Wissenschaftler an – etwa 10 Kommunisten und Komsomolzen, was nicht außergewöhnlich war für eine Zeit, da es selbst in den Petrograder Großbetrieben meist nur ein oder wenige Dutzend Genossen gab. Bis Anfang 1924 wuchs sie auf 331, vier Jahre später auf 566 Kommunisten, darunter 30 Wissenschaftler.

Durch verständnisvolle und geduldige Arbeit gelang es der KPR (B), nach und nach die besten Vertreter des Lehrkörpers als Verbündete zu gewinnen. Davon zeugte bereits 1919 die Rede des Rektors zur 100-Jahrfeier der Universität: „Der Boden Rußland ist umgebrochen von einem tiefen Pfluge. Alles muß neu aufgebaut werden", sagt er und appellierte: „Ohne die volle Anspannung und den Einsatz aller intellektuellen Kräfte des Landes ist ein Aufbau unmöglich."[2]) Doch mit dem Übergang zur NÖP entbrannte in den Hochschulen erneut der Klassenkampf. So rief anläßlich des 165. Jubiläumsjahres der Dozent P. Sorokin, ein führender Sozialrevolutionär, die Jugend zu einem „Religiösen Verhalten zum Leben" auf, um Rußland zu helfen, „aus der Düsternis der Todesschlacht aufs neue die lichte Straße des Lebens zu erreichen"[3]). Bereits die gewählten Bilder – Rußland ein umgebrochenes, der Saat harrendes Feld oder eine düstere Todesschlacht – verdeutlichen, daß die Angehörigen der Intelligenz zu den Fragen des Schicksals ihres Landes durchaus konträre Positionen bezogen hatten.

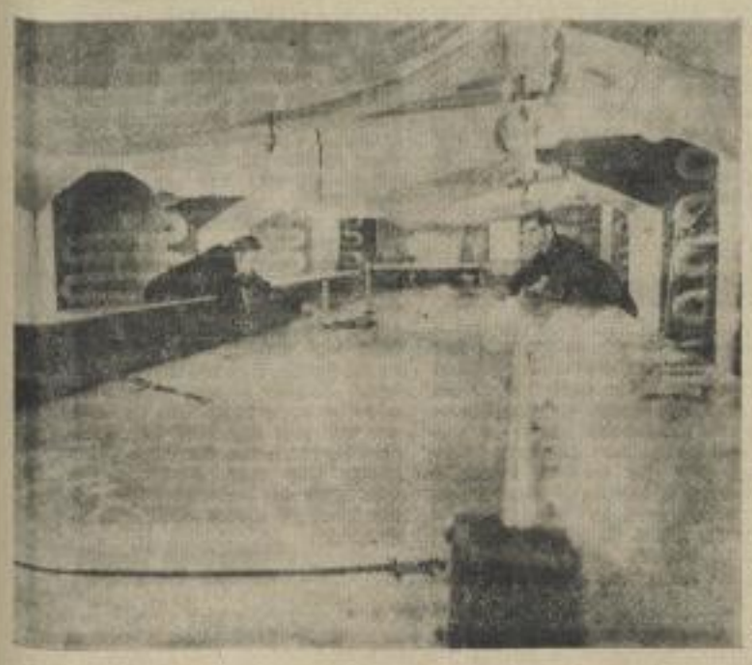
Über 20 000 Studenten lernen gegenwärtig an der Staatlichen Shadnow-Universität Leningrad. Die Petersburger Universität wurde 1819 gegründet und ist eine von 40 Hochschulen der Stadt, in denen man 425 Berufe erlernen kann (s. a. Fotos unten). Fotos: Repro/Müller

In diesen Kämpfen, vor dem Hintergrund des überzeugenden Sieges der Sowjetmacht über die innere und äußere Konterrevolution, ihres erfolgreichen Übergangs zum friedlichen Aufbauwerk erzielte die Partei 1923 einen politischen Umschwung bei der Masse der Professoren. Symptomatisch dafür war die Haltung N. J. Marrs, des ersten Dekans der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Auf einer öffentlichen Parteiversammlung zum 6. Jahrestag der Oktoberrevolution unter dem Motto „Die Vereinigung von Arbeit und Wissenschaft ist das Unterpfand für den Sieg des Proletariats" versicherte er namens der parteilosen Hochschullehrer, daß „jetzt die gesamte Professorenschaft diese Losungen zu verwirklichen bestrebt ist, nicht mit Worten, sondern in der Tat."[4])

Im gleichen Jahr wandte sich die Masse der Professoren von ihren bisherigen Vertretungskörperschaften ab, die von der Konterrevolution wiederholt als Plattform genutzt worden waren, und trat der Gewerkschaft bei. Weltanschaulich zumeist noch weit vom Marxismus entfernt, hatte sie damit auf dem widerspruchsvollen Wege zur inneren Anerkennung der neuen Gesellschaft, zu einer Haltung der aktiven Mitarbeit an der Wiederherstellung des Landes im Rahmen der Sowjetordnung gefunden. 1923 gelang es ebenfalls, die Führer der „weißen" Studenten zu isolieren und in den Wahlen zu den Studentenvertretungen eine kommunistische Mehrheit zu erlangen.

Ausschlaggebend für den Erfolg war vor allem die politisch-ideologische Arbeit der Parteizelle, die enge sachliche Kontakte zu den parteilosen Hochschullehrern anstrebte, um die Erhöhung des wissenschaftlichen und politischen Niveaus ihrer Mitglieder kämpfte und für die wissenschaftliche Autorität der kommunistischen Professoren Sorge trug. Auch ihr Kampf um die Verbesserung der Ausbildung, gegen Prüfungsrückstände und für die Entfernung der „ewigen Studenten" stärkte ihren Einfluß.



Eine vorrangige Aufgabe sah sie in der Heranziehung der noch schwankenden und suchenden Hochschullehrer zur Reform der Universität. Bereits im Frühjahr 1921 wurde zu diesem Zweck die „Gruppe der Roten Professur" geschaffen, deren politische Plattform sich jedoch als zu eng erwies. Ein Jahr später entstand auf Initiative des Rektors Dershawin unter Verzicht auf das Attribut „rot", die „Gruppe der Petrograder linken Professur", die sich die Entwicklung der Hochschulen „auf der Grundlage ihrer ideologischen Erneuerung gemäß den neuen Wegen der Wissenschaft und der Bildung breiter Massen der werktätigen Bevölkerung" als Aufgabe stellte. Binnen Jahresfrist stießen zu ihren 20 Gründungsmitgliedern weitere 116 Professoren. Dreiviertel der Gruppe waren parteilos.

Eine ähnliche Rolle spielte die 1919 an der ABF gegründete, faktisch erst seit 1921 wirksame „Wissenschaftliche Gesellschaft der Marxisten", die 1927 93 ordentliche, 14 mitarbeitende und 60 sog. zugelassene Mitglieder zählte. Formal gehörte sie nicht zur Universität, wurde de facto aber von deren Parteileitung geführt und förderte die marxistische Bildung des Lehrkörpers sowie die Ausarbeitung einzelwissenschaftlicher Probleme aus marxistischer Sicht.

Beide Organe waren mit der 1919 geschaffenen Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät personell eng verbunden, die in den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen den Marxismus verbreiten und durchsetzen sollte. Das war angesichts des krassen Mangels marxistischer Kader eine langfristige Aufgabe. Zwar entstanden entsprechende Lehrstühle und wurde 1921 ein für alle Studenten obligatorisches gesellschaftswissenschaftliches Minimum beschlossen, doch erst Mitte der 20er Jahre war letzteres verwirklicht und eine im wesentlichen tatsächlich marxistische Ausbildung gewährleistet. So konnte diese Fakultät 1924 aufgelöst und bis Mitte der 30er Jahre nach und nach durch Fachfakultäten ersetzt werden.

Die Formierung der Partei zur führenden Kraft auch im Leben der Universität, der grundlegende Wandel im sozialen Bestand und politischen Antlitz der Studentenschaft sowie in der Haltung des Lehrkörpers waren das Fundament einer tiefgreifenden Umgestaltung von Lehre und Forschung. Zu den krassesten Äußerungen der Rückständigkeit und Lebensfremdheit der Kaiserlichen Universität hatte ihre Struktur gehört – 1918 studierte die Hälfte ihrer Studenten Jura und nur drei Prozent Chemie; ähnlich schwach waren nahezu alle Naturwissenschaften besetzt. 1933, nach vielen Umstrukturierungen, bestand die LGU aus fünf naturwissenschaftlichen Fakultäten (Biologie, Chemie, Mathematik und Mechanik, Physik, Geologie und Geographie), die in den beiden folgenden Jahren durch die Juristen- und die Historische Fakultät ergänzt wurden.

Seit Beginn der 20er Jahre stand die Einführung eines beruflichen und Produktionspraktikums auf der Tagesordnung. Zunächst mangelte es infolge der wirtschaftlichen Zerrüttung an Praktikumsplätzen. Im Laufe eines Jahrzehnts wurden viele Methoden erprobt (z. B. ein Monat Arbeit – zwei Monate Studium), bis es gelang, die Praktika organisch in den Studiengang einzufügen.

Bei der langdauernden Reorganisation des Ausbildungsprozesses, die zeitweilig sehr widerspruchsvoll verlief, kam es mitunter zu Extremen wie dem Versuch, das Vorlesungssystem zugunsten eines angeleiteten Selbststudiums abzuschaffen, bis 1932 das Zentralexekutivkomitee der UdSSR dem übermäßigen Experimentieren ein Ende setzte und die bewährten Elemente des Universitätsstudiums mit den in den 20er Jahren gefundenen erprobten Formen wissenschaftlicher Selbsttätigkeit der Studenten, vor allem den wissenschaftlichen Studentenzirkeln, verbunden wurden.

An der alten Universität hatte es eine planvolle, praxisorientierte Forschung nicht gegeben. Die Wissenschaftliche Gesellschaft der Marxisten erzielte während der 20er Jahre, besonders im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich, einen gewissen Fortschritt, indem ihr Präsidium sich bemühte, die Forschungsarbeit ihrer Mitglieder zu lenken und zu koordinieren. In der Zeit der ersten Fünfjahrpläne gelang es, den Durchbruch zu erreichen, der äußerlich in der maßgeblichen Rolle von Wissenschaftlern der LGU beim Aufbau der zweiten, Ural-Kusnezker-Kohle- und Metallurgiebasis der UdSSR sichtbar wurde. Ende der 30er Jahre besaß die Universität eine beachtliche Forschungskapazität auch auf naturwissenschaftlichem Gebiet.

Beim Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion kam die Intelligenz zu 80–90 Prozent aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Die Zahl der Hochschulabsolventen hatte sich vervielfacht – von 136 000 im Jahre 1913 bis 1941 auf 909 000. Zur ihrem Anwachsen und ihrer Formierung als sozialistische Schicht hatte die Leningrader Universität, eine der traditionsreichsten, größten und weltoffensten in der UdSSR, maßgeblich beigetragen.

Zu dieser Zeit, in der zweiten Hälfte der 30er Jahre, gehörten zu ihren Studenten bereits die in den Revolutions- und Bürgerkriegsjahren geborenen Söhne und Töchter der sowjetischen Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der neuen Volksintelligenz. Ihr Lehrkörper vereinte Angehörige der alten Intelligenz und junge, seit der Revolution herangewachsene Wissenschaftler. In den alten, traditionsgeschwängerten Räumen studierte jene Generation, die als Teil des Sowjetvolkes nach dem wortbrüchigen Überfall Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg durch die völkerbefreiende Mission der UdSSR das Werk des Roten Oktober fortsetzte und deren Enkel unsere sowjetischen Kommilitonen von heute sind.

Dr. Gottfried Dittrich

Anmerkungen:

[1] Ebenda, Bd. 38, S. 34; [2] Istorija Leningradskogo universiteta, S. 181; [3] Zit. nach: Geschichte der KPdSU in sechs Bänden, Bd. 4, 1. Buch, Moskau 1973, S. 113; [4] Istorija Leningradskogo universiteta, S. 249.